

Pressesprecherin:
Dr. Maartje Koschorreck
Telefon: 0621 181-1080
koschorreck@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 14. April 2023

Presseinformation

GBP-Monitor: Inflation – keine Entwarnung für 2024

Im Dezember 2022 prognostizierte die Bundesbank für 2024 einen deutlichen Rückgang der Inflationsrate auf 4,1 Prozent. Doch laut April-Bericht des German Business Panel (GBP) gibt es aktuell noch keinen Grund zur Entwarnung. Auch für 2024 rechnen Unternehmen – entgegen der Prognose – noch immer mit einer Inflationsrate von über 8 Prozent und ziehen ihre Preise weiter an. Nicht nur energieintensive Unternehmen planen teils massive Preissteigerungen – und begründen diese vor allem mit gestiegenen Material- und Energie- sowie Lohnkosten. Hohe Tarifabschlüsse im Zuge aktueller Gehaltsverhandlungen könnten diese Preisdynamik noch einmal verstärken.

Nachdem die Inflationserwartungen von Unternehmen in Deutschland im Herbst und Winter 2022 noch bei 11,4 Prozent lagen, sinken sie seit Jahresbeginn allmählich – und liegen für das laufende Jahr laut aktuellem GBP-Bericht derzeit bei 9,3 Prozent. Doch anders als gängige Prognosen rechnen die befragten Unternehmen in den kommenden Monaten nicht mit einem schnellen, substanziellen Rückgang der Inflationsrate. Für 2024 erwarten Unternehmen eine weiterhin hohe Inflationsrate von über 8 Prozent. Ein Wert, der deutlich über der Prognose der Bundesbank (4,1 Prozent) liegt. „Die große Diskrepanz zwischen der Prognose und den Erwartungen der Unternehmen zeigt, dass trotz deutlich gesunkener Energiepreise mit höheren Kosten zu rechnen ist“, erklärt Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar. „Zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Absatzpreise daher in den kommenden zwölf Monaten noch weiter erhöhen. Im Schnitt um 12,6 Prozent“, so der akademische Leiter des GBP an der Universität Mannheim.

Nicht nur energieintensive Unternehmen ziehen Preise weiter an

Ob und wie stark Unternehmen ihre Preise anpassen, hängt dabei maßgeblich von der Branche ab. In den energieintensiven Industrien (Verarbeitendes Gewerbe und Handel) wollen überdurchschnittlich viele Unternehmen (71 Prozent) ihre Preise in den kommenden zwölf Monaten überdurchschnittlich stark erhöhen (17,9 Prozent). Im Vergleich dazu fallen die geplanten Preiserhöhungen in den Corona-Krisenbranchen – darunter insbesondere Gastgewerbe und Gastronomie – mit 9 Prozent deutlich geringer aus, auch wenn mit rund 77,2 Prozent deutlich mehr Betriebe ihre Preise erhöhen wollen. „Das deutet darauf hin, dass in Gastgewerbe und Gastronomie Kostenerhöhungen nicht in gleichem Maße an die Kunden weitergegeben werden können wie in andere Branchen“, so Prof. Dr. Philipp Dörrenberg, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Steuerlehre an der Universität Mannheim. „Ob und wie stark Kostenerhöhungen an Kunden weitergegeben werden können, hängt maßgeblich von der

Preiselastizität der Nachfrage ab. Also davon, wie stark bei Preiserhöhungen die Nachfrage sinkt und bei Preissenkungen die Nachfrage steigt", so der Co-Leiter der Studie weiter.

Die aktuellen Daten zeigen, dass sich die Absatzmenge bei Preissteigerungen derzeit weniger stark verändert als bei Preissenkungen. „Eine Asymmetrie, die dadurch entsteht, dass sich Konsumenten dem allgemeinen Preisanstieg kaum entziehen und auf günstigere Anbieter ausweichen können. Das gilt vor allem für essenzielle Güter des täglichen Bedarfs“, erklärt Rostam-Afschar. Empfindlich reagieren Konsumenten derzeit jedoch auf Preiserhöhungen im Baugewerbe. Aufgrund der massiv gestiegenen Beschaffungspreise und höheren Zinsen sinkt die Nachfrage dort signifikant. Dies könnte auch erklären, warum der Anteil an preiserhöhenden Unternehmen im Baugewerbe seit dem Sommer 2022 überdurchschnittlich stark zurückgegangen ist (um 25 Prozentpunkte).

Material, Energie- und Lohnkosten treiben Absatzpreise hoch

Als Hauptgrund für die geplanten Preiserhöhungen geben die Unternehmen vor allem die steigenden Material- und Energie- (64 Prozent) sowie Lohnkosten (61 Prozent) an. Auch hier gibt es branchenspezifische Unterschiede. Während energieintensive Betriebe vor allem steigende Beschaffungskosten für Material und Energie kompensieren müssen, werden Preise im arbeitsintensiven Gastgewerbe und der Gastronomie insbesondere durch höhere Lohnkosten getrieben.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im April 2023“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2023/04/gbp_monitor_2023_04.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de). Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main und WHU - Otto Beisheim School of Management. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar

Universität Mannheim

Tel: +49 621 181-1645

E-Mail: rostam-afschar@uni-mannheim.de

Prof. Dr. Philipp Dörrenberg

Lehrstuhl für ABWL und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre

Universität Mannheim

Tel: +49 621 181-1719

E-Mail: doerrenberg@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul

Forschungskommunikation

Universität Mannheim

Tel: +49 621 181-1266

E-Mail: kaul@uni-mannheim.de